

Nach den Wahlen kommt's dick: Generalstreik vorbereiten!

Im Wahlkampf werden alle klaren Aussagen vermieden, aber dann werden uns die Rechnungen präsentiert:

- die Milliarden für die Rettung der Banken und die Konjunktur-Pakete
- die Löcher in der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und bald bei der Rente
- die Steuerausfälle durch Krise und neue Steuererleichterungen für das Kapital und die Reichen
- mehr Krieg gegen Afghanistan gegen den Willen und auf Kosten der Bevölkerung in Deutschland
- Einschnitte bei Demonstrationsrecht und noch mehr Ausspionieren der Bevölkerung.....

FDP und CDU werden diese Angriffe voll auf die Arbeitenden, die Erwerbslosen, die RentnerInnen und die Jugend richten, die SPD wird voraussichtlich – in einer neuen Großen Koalition – mitmachen und etwas Kosmetik betreiben.

Aber das wird nicht alles sein: Die Unternehmer planen jetzt schon massive Einschnitte bei den Arbeitsplätzen. Kurzarbeit ist okay, um Produktionsausfälle zu überbrücken, aber wenn die Unternehmen Überkapazitäten abbauen wollen, rationalisieren und verlagern, dann hat die Kurzarbeit ganz schnell ein Ende. Alle Chefs sagen, sie wollen „gestärkt aus der Krise herauskommen“. Das heißt, sie wollen wettbewerbsfähiger werden gegenüber der Konkurrenz, aber auf unsere Kosten.

Gewerkschaftspolitik in der Krise Kämpfen statt verzichten

Wir wollen auf unserer **Jahreskonferenz** Ende Oktober die Debatte führen um

- das Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken vor dem Hintergrund der Krise
- die Politik der Gewerkschaftsführungen in der Krise und die Aufgaben der Gewerkschaftslinken
- die Initiierung einer gesellschaftlichen Bewegung für Arbeitszeitverkürzung.

Zusammen mit Vertretern betrieblicher Kämpfe wollen wir Erfahrungen von aktuellen Auseinandersetzungen auswerten.

Termin: Freitag, 30. Oktober 2009 um 18.00 Uhr
Samstag, 31. Oktober 2009 von 10.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Stuttgart, AWO – Begegnungsstätte am Ostendplatz, Schönbühlstraße 65

Weitere Infos ab Mitte September im Labournet unter: www.labournet.de/GewLinke

Da werden keine Appelle an das Gewissen der Unternehmer helfen, damit zeigen wir nur Hilflosigkeit. Da helfen keine Standortsicherungsverträge. Diese versuchen, einige auf Kosten von vielen anderen zu schützen. Sie haben oft genug versagt und in der Gewerkschaft den Trend verstärkt, dass jede/r auf sich schaut. Da wird auch der Wahlausgang wenig beeinflussen, auch wenn Schwarz-Gelb sicher die schlimmste Variante ist und jede Stimme für die Linke eine Absage an die arbeiterfeindliche und undemokratische Politik der jetzigen Regierung ist.

Deshalb sagen wir als Gewerkschaftslinken: **Schluss mit dem Stillhalten, Hoffen und Bitten!** Die Gewerkschaften haben in Deutschland zu lange ruhig gehalten. Es war ein großer Fehler der Vorstände von Verdi und IG Metall, die Demos am 28.3. nicht zu unterstützen. Es wurde deutlich, dass dort, wo von örtlichen oder betrieblichen Gewerkschaftsgliederungen mobilisiert wurde, die Beteiligung gut war. Wir haben gesehen, dass die Auseinandersetzung um die Demos dazu geführt hat, dass IGM und Verdi für die Berliner Demo am 16.5. stärker mobilisiert haben als ursprünglich geplant.

Aber Demos werden nicht reichen, um Regierung und Kapital zu beeindrucken. Es wird auch nicht funktionieren, dass in jedem Betrieb einzeln Überlebensprogramme gestrickt werden und jeder für sich kämpft. Die Gegenseite ist sich trotz aller Konkurrenz einig, dass **wir** zahlen sollen.

Der **Generalstreik** ist die wirksamste Waffe gegen den Generalangriff, der uns bevorsteht. Er wird nicht auf Kommando ausbrechen. Er muss vorbereitet und in den Gewerkschaften durchgesetzt werden. Es reicht nicht, Regierungsmaßnahmen zu verhindern. Er muss auch dazu dienen, in den Betrieben andere Machtverhältnisse durchzusetzen. Es kann nicht sein, dass Existenzen geopfert werden, damit Manager wieder Boni erhalten. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die die Unternehmen und die ganze Wirtschaft in die Krise gesteuert haben, jetzt wieder den Kurs bestimmen!

Als Forderungen schlagen wir vor:

- Massive Arbeitszeitverkürzung ohne Entgeltverlust in allen Branchen, damit Entlassungen vermieden und Arbeitslose eingestellt werden können; Kontrolle der Belegschaft gegen Arbeitsverdichtung.
- Weg mit dem Renteneintritt mit 67, ungekürzte Rente ab 60 Jahren, Einstellung aller Jugendlichen, Übernahme aller Azubis, Festeinstellung für Befristeten und LeiharbeiterInnen
- Keine neuen sozialen Einschnitte, 500 € Eckregelsatz + Warmmiete für Arbeitslosengeld II - EmpfängerInnen, 10 € Mindestlohn lohnsteuerfrei.

Wir rufen auf:

- diskutiert in euren Betrieben und Gewerkschaften
- bildet Gruppen zur Vorbereitung von Aktionen
- nehmt Kontakt auf: metallertreff@yahoo.de

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306 / **E-Mail:** HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 1. September 2009